

Ans der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe edler rielier Betrachtung.

Postreformieren.

(Milw. Herald.)

Zu allgemeinen Defizit im Bundeshaushalt trägt das Postdepartement mit sechzehn Millionen einen nicht geringen Teil bei. Es ist das nicht die Folge einer zufälligen Minder-Einnahme wie im Zoll- und Steuerwesen, sondern ein scheinbar dauernder Uebel, dessen Ursachen die gleichen bleiben: steigende Kosten der freien Briefablieferung auf dem Lande, Mißbrauch des Frantaturprivilegiums, übermäßig theurer Eisenbahnbeförderung der Posttaschen und dergleichen, woran nicht viel zu ändern sein wird, solange der Kongreß sich nicht einmal ernstlich auftrifft, wenigstens den beiden letzten Ursachen ein gründliches Ende zu bereiten, woran aber nicht zu denken ist. Es müßte schon einmal ein ganz außerordentlicher Reformier in die Kongreßmittelalter fahren, wenn sie mit dem Unfug aufträmen wollten. An der Landpostablieferung ist nichts zu sparen, im Gegenteil werden die Kosten sich höher stellen, falls es nicht gelingt, die vom Generalpostmeister vorgeschlagene Radelpost für die Landpoststriche einzuführen, von welcher sich derselbe reichliche Einnahmen verspricht.

Viel liegt auch, ebenso wie in anderen Departements, an den mangelhaften Verwaltungsmethoden, an den veralteten Wegen des Postwesens, dem die Schindelpost das beliebteste Verkehrsmittel von Bureau zu Bureau ist. Und da läßt sich vielleicht manches reformieren, die Verwaltung verbilligen, wenn die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses, der nun zwei Jahre lang an der Arbeit gewesen ist, Erfolg versprechen. Der Bericht des Ausschusses geht in der Hauptsache darauf hinaus, daß die Geschäfte des Departements auch geschäftsmäßig geführt werden müssen, wie dies bei allen großen Unternehmen, bei den Eisenbahnen, den Erziehungsgesellschaften, dem Stahlwerk und anderen, bei großen und kleineren Korporationen der Fall ist, und alle Räder in einander greifen und doch leiser überfließen ist. Da ist für jeden Posten ein verantwortliches Haupt, nicht zwei, drei oder vier, wie man das in fast allen Bundesdepartements findet. Dementsprechend empfiehlt der Ausschuss durchgreifende Änderungen. Der Generalpostmeister muß notwendig an seiner Stelle bleiben. Er ist Kabinettsmitglied und hat sich betriebsmäßig der allgemeinen Politik des Departements nach dessen Weisungen zu richten und ihre Durchführung anzuordnen. Aber es sind keine vier Hilfspostmeister nötig, die gewissermaßen nur eine zweite Auflage bilden. Diese soll der Ausschuss abgelehnt und an ihre Stelle einen einzigen Beamten gesetzt wissen, der als „Postdirektor“ die Funktionen ausüben dürfte, die eigentlich dem Generalpostmeister zugeschrieben werden. Es müßte das notwendigste eine Art Postmann sein, dem langjährige Erfahrung zur Seite steht, der auch den Leberblick hat, der ihn zur obersten Leitung befähigt. Das Amt müßte von allen politischen Beziehungen abjourniert sein. Diefem Direktor sollten sieben bis fünfzehn Unterbeamte unterstellt sein, deren jeder die Verantwortlichkeit für einen besonderen Distrikt zu übernehmen hätte. Das Gebiet der Ver. Staaten wäre also nach Maßgabe der erforderlichen Zahl dieser Unter-Postdirektoren einzuteilen. Es wäre dieselbe Einteilung, wie sie bei großen Korporationen eingeführt ist. Jeder Distrikt erledigt die Angelegenheiten seines Distrikts nach eigenem Ermessen, berichtet freilich darüber an das General-Departement in Washington, aber behält die Leitung in eigener Hand, so daß das Departement nicht von allen Seiten her überhäuft sein kann. Es laufen dann nicht mehr alle Fäden in Washington zusammen, sondern die große Zentrale hat ihre Arbeit auf eine Anzahl von unteren Centralen abzuladen, die in ihren wichtigsten Geschäften wieder zum Generaldepartement rezipieren. Daß dabei viel von Lasten vermieden werden könnte, ist klar. Der Plan scheint praktisch und sollte jedenfalls vom Kongreß in ernstliche Erwägung gezogen werden.

Der Jahresbericht des Handels- und Arbeits-Sekretärs.
Herr Oscar S. Straus, der Handels- und Arbeits-Sekretär, hat seinen Jahresbericht veröffentlicht, ein umfangreiches Schriftstück, in dem er sich über die verschiedenen Büreaus für Korporationen, Arbeit, Arbitration, Statistik, Census und andere in sein Ressort fallende Dinge auspricht. Was die Einwanderung anbelangt, so bildet dieselbe in den letzten vierzig Jahren so ziemlich gleichmäßig 12 bis 14 Prozent unserer Gesamtbevölkerung. Im 1860 waren es 13.2, im 1870 14.4, im 1880 13.3, im 1890 14.8 und im 1900 13.7 Prozent. Bei einer Gesamtbevölkerung von 76,383,000 waren es 8,843,000 oder 80.3 Prozent Eingeborene und 10,400,000 Einwanderer. In den letzten zehn Jahren hat die Einwanderung jedes Jahr zugenommen, nur letztes Jahr ist infolge der in wirtschaftlichen Hinsicht zurückgegangen, um volle 10 Prozent. Die 782,870 Einwanderer des letzten

Jahres brachten 17,794,226 Dollars mit nach Amerika, was im Durchschnitt etwa 23 Dollars auf den Kopf jedes Einwanderers ausmacht. Zurückgewiesen wurden 10,902 Einwanderer; deportiert 1955. Von den Zugelassenen fanden 630,671 im Alter von 14 bis 44 Jahren, nur etwas über 40,000 waren über 45 Jahre alt; 172,293 derselben, Kinder unter 14 Jahren abgerechnet, konnten weder lesen noch schreiben. Einen besonderen Abschnitt widmet Herr Straus der japanischen Einwanderung. Dieselbe nimmt infolge des Zusammenwirkens der japanischen und der amerikanischen Regierung stetig ab. Während des Berichtsjahres wurden 9544 Japaner in die Ver. Staaten zugelassen, von denen nicht die Hälfte der Arbeiterklasse angehörte. Da aber mehr als 5000 Japaner wieder ausgewandert, so stieg die japanische Bevölkerung nur um 2826.

Trotz aller Bemühungen des Einwanderungs-Büreaus wird von amerikanischen Industriellen noch immer das Gesetz gegen die Einfuhr von Kontraktarbeitern übertreten. So wurden im Laufe des Berichtsjahres 1932 Kontraktarbeiter zurückgewiesen, 34 Prozent mehr als im Vorjahre. Daß aber doch solche Arbeiter ins Land kommen, geht daraus hervor, daß in dem Berichtsjahre 2172 Kontraktarbeiter wieder aus dem Lande geschafft wurden. Einige Korporationen, welche das Gesetz übertreten hatten, wurden von der Regierung angeklagt, schuldig befunden und zu Geldstrafen von 1000 bis 4000 Dollars, sowie in die beträchtlichen Kosten verurteilt. Andere entgingen der Strafe, weil sie nicht überführt werden konnten. Sehr viel verspricht sich Sekretär Straus von der Tätigkeit des neugeschaffenen Informations-Büreaus. Die Einwanderer sollen nach ihrer Landung mehr über das Land und die Verhältnisse, damit die Anbahnung der Eingewanderten in den Verhältnissen vermindert und jedem Einwanderer so rasch als möglich Beschäftigung beschafft wird. In dem Berichtsjahre haben 2244 Gerichte bei der Verleihung des Bürgerrechts mitgewirkt, 365 mehr als im vorhergehenden Jahre. Es wurden 136,725 Erlässungen für das Bürgerrecht erteilt und 25,517 Bürgerbriefe ausgestellt. Ein Drittel derselben entfällt auf die Staaten New York, Pennsylvania und Massachusetts, die auch den größten Zuwachs an Arbeitern haben. Mehr 3000 Gesuche um Naturalisation wurden zurückgewiesen.

Ueber die Regulation der Korporationen sagt Herr Straus: Mehr und mehr wird es klar, daß sich die Arbeit der Regierung bei der Regulation der Korporationen nicht gegen die Erstgenannten kombinieren richten sollte, sondern mit der Frage, wie dem Mißbrauch der großen industriellen Mächte vorgebeugt werden kann. Das Gesetz sollte sich nur gegen die Kombinationen wenden, welche zu ungesunden Zweiten gegründet werden, oder die ihre Macht zu verwerflichen Zwecken mißbrauchen. Er empfiehlt eine Behörde, welche die Geschäftstransaktionen der Korporationen zu beaufsichtigen und die wichtigsten Thatsachen zu veröffentlichen hätte. Geschäftsabermittlungen brauchen dabei nicht unnötiger Weise an die Öffentlichkeit gebracht zu werden. Ein solches System würde nach Ansicht des Sekretärs eher die Mißbräuche als die Opposition der Korporationen sichern, würde konstitutiv und nicht destruktiv wirken. Das Handels- und Arbeitsdepartement hat sich eingehend mit der Arbeiter- und Unfallsversicherungsforderung beschäftigt, hat aus europäischen Ländern Material in dieser volkswirtschaftlichen Angelegenheit zusammengetragen. Herr Straus tritt für die Unfallversicherung ein, ebenso für den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter seitens der Regierung. Darin sind die Ver. Staaten noch sehr rückständig und sollten das Versäumte nachholen.

500,000,000 Sondausgabe.

Zur Finanzierung des nationalen Wasserwege-Projektes wird eine Sondausgabe von fünf-hundert Millionen Dollars gefordert, die nach Maßgabe des fortschreitenden Wertes auf eine Reihe von Jahren zu verteilen wäre. Es würde dabei also ähnlich verfahren werden, wie mit der Ausgabe der Panamabonds, die je nach Bedarf in den Markt gebracht werden. Die laufenden Einnahmen der Regierung sollen nicht in Anspruch genommen werden, was sich bei der gegenwärtigen Lage der Bundeskasse auch von selbst verbieten dürfte. Die Zukunft soll tragen, was für sie bestimmt ist. Der Bericht, der erfüllt werden nicht, weil sie befürchten, das Land könne sich damit eine zu große Schuldenlast für ein Unternehmen aufladen, dessen Ertragsfähigkeit noch im weiten Felde liegt. Diese Leute stehen auf demselben Standpunkt, wie vor fünfzig Jahren die Gegner der Bundesgarantie für die Pacificbahnen durch Sondausgaben und Landbesetzungen. Auch damals hieß es, die Ver. Staaten wirtschaftlich ins Blaue hinein, wenn sie ihren Kredit für Bahnen verschändeten. Die ein zum großen Teil noch unentwickeltes Gebiet von zweifelhafte Zukunft erschließen wollten; es wäre genaugen, wenn der Bau der Anbahnung soig, anstatt die vorauszuweisen. Großzügige Politik aber überwand die kleinlichen Bedenken und die Regierung verbißte sich mit fünf-hundert Millionen

für den Bau der Bahnen. Es war das gewissermaßen gesagt, denn die damaligen Unternehmer waren Privatleute, Spekulanten, die ihren Vorteil im Risiko sahen, so lange die Regierung selbst etwas riskierte. Es hat auch eine Weise sehr brenzlich ausgefallen und die garantierten Zinsen betragen schließlich mehr als das Kapital, schließlich aber hat die Regierung doch ihre Ausgaben zurückbekommen und dafür eine kolossale Vermehrung des Nationalvermögens aufzuweisen, denn durch die Pacificbahnen ist der große Westen erst geworden, was er heute mit seinen erschlossenen außerordentlichen Hilfsquellen ist.

Wenn man das inwieweit erfolgte außerordentliche Wachstum der Staaten in Betracht zieht, so bedeutet heute eine Sondausgabe von fünf-hundert Millionen nicht mehr als damals von fünf-hundert Millionen, und außerdem ist eine viel größere Sicherheit geboten, da das Unternehmen nicht in die Hände von Privatleuten gegeben werden, sondern von der Bundesregierung selbst durchgeführt werden soll, der die verschiedenen beteiligten Staaten zur Seite stehen würden. Wenn die gesammte Summe von fünf-hundert Millionen auf einmal ausgegeben würde, hätte die Regierung eine jährliche Verzinsung zu 2 Prozent, wie das jetzt gebräuchlich ist, aufzubringen. Kongreßmitglied Burton von Cleveland, Vorherr des Ausschusses für Fluß- und Hafenverbesserungen und eine der ersten Autoritäten in diesem Fache, hat eine Berechnung aufgestellt, die, wenn auch etwas optimistisch gehalten, zeigt, wie außerordentliche Vorteile daraus erwachsen würden. Er stellt an Frachtersparnis auf dem Wasserwege eine Summe von 250 Millionen in Aussicht, an Verbilligung von Wasserfrachten 150 Millionen, durch Verbilligung von Waldbränden 25 Millionen, Bodenschutz und erhöhte Farmproduktion 500 Millionen, was zusammen laufend Millionen oder \$12.50 pro Kopf der Bevölkerung ausmachen würde. Dabei ist die Verwendung der Wasserkraft noch nicht mitgerechnet, die man gut und gern auf 500 Millionen veranschlagen kann, was allein dem Anlagekapital gleichkäme.

Die Berechnung ist unter Zugrundelegung statistischer Annahmen gemacht worden und sagt selbstverständlich das vollendete Unternehmen in seiner Gesamtheit ins Auge, aber man kann annehmen, daß der nach und nach erfolgende Ausbau für die vollendeten Teile alle Vorteile mit sich bringen würde, die man von dem fertigen Werk für die Gesamtheit erwartet, so daß, nachdem dasselbe einmal im Gange ist, Ausgaben und Ertrag gleichen Schritt halten würden. Das Projekt verspricht jedenfalls ein viel sichereres Einkommen als der Panamakanal, dessen Bau allerdings unter anderen Gesichtspunkten in Angriff genommen wurde.

Das Marine-Departement.

(Milw. Herald.)

Reorganisation der Marineverwaltung, wie sie vom Präsidenten in seiner letzten Botschaft befohlen wurde, ist ein von ihm mehrfach zuvor erörtertes Thema, dessen Kenntnis er der Zeit verbannt, als er als Hilfsmarinestretär zum erstenmal Gelegenheit hatte, als Laie einen Blick in die Leitung des Departements zu thun. Er hat kennen gelernt, wie der Bureaumatismus einfacher Erledigung der Geschäfte und sich selber im Wege ist und die Technik der Routine notwendige Maßnahmen verschleppet. Der Marinestretär ist, wie gewöhnlich, ein Mann aus bürgerlichen Berufskreisen, der sein Amt aus politischen Rücksichten erhält und vom Seewesen in der Regel keine bloße Meinung hat. Sein erster Hilfsmarinestretär versteht auch nichts davon, er hat seinen Posten aus gleichen Rücksichten erhalten. Die Chefs der acht Büreaus, aus denen sich das Departement zusammensetzt, sind von einander unabhängig und zu beträchtlichem Maße auch von ihrem nominellen Vorstand. Die Chefs liegen in der Regel mit einander im Streit, nur wenn der Kongreß Miene macht, Veränderungen zu treffen, die auf Vereinfachung, gar auf Verschmelzung einiger Abteilungen abzielen, da halten sie fest zusammen und wissen so viele technische Einzelheiten vorzubringen, daß die Mitglieder der Kongreß-ausschüsse verwirrt werden und nicht wissen, wo und wie anzufassen, um so weniger, wie es eben auch nicht von der Marine verstanden und zum Teil darauf aus sind, falls ihre Wahlbezirke sich in geeigneten Gebieten befinden, für diese Bewilligungen für Werften-Anlagen und dergleichen zu ergattern.

Ein Versuch zur Reorganisation des Departements wurde in der vorigen Kongreßsitzung gemacht. Es war vorgeschlagen, dasselbe in zwei Abteilungen zu teilen, deren eine mit dem Personalmaterial, die andere mit der Bemannung zu thun haben sollte. Als Oberhaupt für jede war ein Hilfsmarinestretär vorgesehn, die die Autorität des Sekretärs zu vertreten hätten. Einer dieser Hilfsmarinestretäre sollte ein Marinestretär sein und ihm die Aufsicht über die rein technischen Angelegenheiten zuteilen, somit alles, was für den Bau auf See erforderlich ist. Die verbleibenden Büreaus sollten in eine der beiden Abteilungen eingereiht werden, so daß die Trennung der Arbeiten für den aktuellen Seebienst und die eigentliche Verwaltung durchgeführt werden

konnte. Die Bureauchefs aber machten dagegen entschiedene Front, weil sie dabei einen Teil ihrer Autorität einbüßen hätten, auch Personalveränderungen am Plage gewesen wären. Jedes Bureau möchte so unabhängig wie möglich sein und daß da ein erprobliches Zusammenwirken fast ausgeschlossen ist, liegt auf der Hand — und ebenso die Notwendigkeit der Reorganisation, die der gegenwärtige Kongreß noch aufnehmen sollte, wenn ihm dazu irgendwie Zeit bliebe.

Auf der in Newport abgehaltenen Konferenz von Marinefachverständigen wurde empfohlen, eine Behörde kompetenter Marineoffiziere einzusetzen, die die Pläne für neu zu bauende Schiffe zu prüfen und je nach dem Befund dem Marineministerialbüro Vor schläge zu machen hätte. Damit würde der Chef des Konstruktionsbüreaus nicht mehr die einzige Autorität sein und in ähnlicher Weise könnte anderer bürokratischer Kopf abgeschnitten werden. Bisherlich wäre es auch möglich, den Posten des Hilfsmarinestretärs mit einem erfahrenen Marinestretär zu besetzen, wie dies unter dem Sekretär Gibson Willis der Fall war, dem in der Person von Gustav B. Fox ein gedienter Seemann zur Seite stand.

Deutschlands diplomatische Vertretung in den Ver. Staaten.

Von diplomatischer Seite wird der Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz geschrieben: Die letzten Veränderungen auf unseren diplomatischen Posten im Ausland geben Veranlassung zu einigen Bemerkungen. Die wichtigste Veränderung betrifft unsere Vertretung in Washington, die durch den Tod des Botschafters von Speck veranlaßt worden ist. An dessen Stelle tritt jetzt Graf Bernstorff aus Kairo. Soviel bekannt ist, hat dieser Diplomat bisher ein Amt in Amerika nicht bekleidet und steht daher den dortigen Verhältnissen ziemlich fremd gegenüber. Außerdem ist aber zu gleicher Zeit der erste Botschaftsrath vom Washingtoner Posten abberufen, und an seine Stelle ein Diplomat gestellt worden, der die amerikanischen Verhältnisse aus eigener Anschauung zu studieren bisher auch noch keine Gelegenheit gehabt hat. Ueber die große Wichtigkeit des Washingtoner Postens braucht man kein Wort zu verlieren. Die Ver. Staaten stehen nicht nur unter den Ländern, mit denen wir in wirtschaftlichem Austausch stehen, mit an erster Stelle, sondern es haben sich gerade in letzter Zeit auch die rein politischen Beziehungen erheblich verhärtet. Wohl hält sich Nordamerika von der europäischen Politik nach Möglichkeit fern. Trotzdem ist seine Haltung auch für die großen europäischen Fragen von erheblicher Wichtigkeit und jedenfalls für die Eventualität erster Konflikte jedesmal in Rechnung zu ziehen. Nun liegt es aber auf der Hand, daß ein neuer Botschafter in eine unermüdete Lage kommt, wenn ihm bei seinem Dienstantritt der durch langen Aufenthalt im Lande als genauer Kenner der Verhältnisse zu betrachtende erste Vertrauensmann entzogen wird. Dieser soll ihm gerade in den ersten Monaten ein Berater für die zahlreichen politischen Tagesfragen sein, er hat den Botschafter über die Art der Behandlung der einzelnen einflussreichen Persönlichkeiten zu unterrichten, ihn über die Quellen seiner Berichterstattung zu informieren usw. Diese diplomatische Kleinarbeit erfordert Kenntnisse, die nur ein längerer Aufenthalt im Lande zu verschaffen vermag. Jeder Diplomat, der im Auslande gearbeitet hat und unter ähnlichen Verhältnissen sich hat betätigen müssen, wird bestätigen, wie empfindlich diese persönliche Entziehung des ersten Hilfsarbeiters ist. Es tritt in diesem Fall noch ein weiterer Nachteil hinzu. Für das angeordnete Gebiet der wirtschaftlichen Fragen, die der Botschafter in Washington in den Kreis seiner Berichterstattung zu ziehen hat, steht ihm für gewöhnlich die Todtenliste des Generalkonsuls in New York zur Verfügung. Sie ist ihm für seine sachliche Arbeit geradezu unentbehrlich. Es ist aber bei dem gegenwärtigen Reorganisation auch der Generalkonsul von New York nach Merito verlegt worden. Es fehlt also dem neuen Botschafter auch diese so wesentliche Unterstützung, und er ist somit beim Antritt seines Postens auf die Hilfe von Männern angewiesen, die den Verhältnissen vielleicht ebenso als Neulinge gegenüberstehen wie er selbst. Man wird bis zum Beweise des Gegenteils annehmen dürfen, daß sämtliche neu ernannten Beamten ihrer Aufgabe gewachsen sind und ihre Beförderung verdienen. Aber auch dann ist diese gleichzeitige neue Befragung wichtiger, unter einander zusammenhängender Posten unerwünscht und für die wirksame Vertretung der deutschen Interessen von Nachteil.

Die Neue Pabische Landeszeitung schreibt: „Wie die amtliche Statistik unübersehbar erweist, ist Deutschland nicht nur in der Lage, seinen Bedarf an Jellstoff vollkommen zu decken, sondern es erzeugt noch weit mehr, als es verbraucht.“ Alle in der Tabak in Deutschland jetzt so teuer, daß man schon Jellstoff kauft.

Wirklich jung war nur der, der es bleiben kann.

Edward Renard, Präsident. J. S. Graham, Vize-Präsident. G. S. Mason, Kassirer.

Citizens State Bank.

Kapital \$20,000.00 Ueberfluß \$15,000.00

Ist ausschließlich von Knox County Leuten geeignet und betrieben.

Kann irgend etwas im Bankwesen verrichten. Macht hier den Versuch.

Wir machen Farm-Anleihen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

John Suckstorf G. B. Phillips John Grohmann

Suckstorf-Phillips-Grohmann

Deutsche Land-Agenten.

Wir haben Land im Knox County, Nebraska, sowie auch in Süd-Dakota zu verkaufen, oder zu vertauschen.

Sehet uns, ehe ihr von Jemand anders kauft.

Bloomfield Nebraska.

James H. Kalar, M. D. Sara Elaine Kalar, M. D.

Das Kalar Hospital

Ärzte und Chirurgen.

Ein allgemeines medizinisches und chirurgisches Hospital, ein modern und vorzüglich eingerichtetes Institut für die Behandlung von Krankheiten und für chirurgische Operationen. Offen für alle Kranke und Wundärzte. Eine Schule für Krankenwärterinnen in Verbindung mit dem Hospital.

Amtsstuben im Hospitäl Theatergebäude. Wohnung im Hospital.

Phone: Office, 64. Wohnung, 2 64.

Bloomfield, Nebraska.

Saunders-Westrand Co.

früher Westrand & Sons Elevator

Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und erjudt den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebote auf seine Verkaufsprodukte zu machen.

Wick. Paper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,

Deutscher Land-Agent.

Ich kaufe und verkaufe Land in Nebraska, Nord- und Süd-Dakota und der Ban-Hand-Gegeude, Texas. Kauft mich eure Farmen zum Verkauf übernehmen.

Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.

Sprecht vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fache wünscht.

Martin C. Peters.

Bloomfield, Knox County, Nebraska.

T. G. Nees, Präsident. August Gurewud, Vize-Präsident.

Farmers Grain & Lise Stock Co.

Händler in

Getreide, Kohlen und Vieh.

Cure Produkte erwünscht.

H. J. Cunningham, Sekretär und Schatzmeister.

Henry's Platz.

Johann Grohmann, Eigentümer.

Viefer Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Weine und Cigaren. Das berühmte

Storz Bier

heißt an Kopf.

ist bitter freundlich um geringsten Anpruch

Henry Grohmann.